

Kolumbien-aktuell

No. 426 6. April 2006

1.Frieden und Konflikt:

Ⓞ **Kolumbien - Ecuador - vom grossen Bruder zum bedrohlichen Nachbarn**

Ⓞ **Lügen und Übelwollen eines Regimes**

2.Politik:

Wahlresultate des 12. März - tödlicher Schlag gegen das Zweiparteiensystem?

3.Soziale Bewegungen: Schwule und Lesben im Wahlprozess Kolumbiens

Leitungsequipe:

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

Direktion:

Natalia Rey

Redaktionsequipe:

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camilo Tamayo

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinep.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz
e-mail: askluzern@datacomm.ch; Internet: www.kolumbien-aktuell.ch

1.Frieden und Konflikt:

Kolumbien - Ecuador - vom grossen Bruder zum bedrohlichen Nachbarn

Es herrscht eine tiefe Verstimmung zwischen Ecuador und Kolumbien. Dies nicht nur wegen der jüngsten Grenzverletzungen, sondern aufgrund von während rund zehn Jahren aufgestauten Zusammenstössen. Die Ablehnung gegenüber Kolumbien ist zudem darin begründet, dass die Regierung Uribe die Folgen des Konfliktes auf die Nachbarländer zu ignorieren und auch die heute in den meisten südamerikanischen Ländern laufenden Veränderungen nicht zu berücksichtigen scheint. Dies ganz besonders in Bezug auf Ecuador, das andere politische, stark sozial verankerte Optionen als die kolumbianische Regierung hat.

Von Socorro Ramirez, Dozentin und Forscherin am IEPRI der Nationaluniversität

Bis Ende des vergangenen Jahrhunderts wurde Kolumbien von Ecuador als sein grosser Nachbar und grösserer Bruder gesehen. In der Folge wurden die vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen, welche zusätzlich durch die andine Integration verstärkt wurden und für beide Länder vorteilhaft waren, sehr geschätzt. Und als Erbe des Kalten Krieges gab es eine unausgesprochene Übereinstimmung in der Sicht des bewaffneten Konfliktes und in Bezug auf die Verhaltensweise der kolumbianischen Regierungen diesem gegenüber. Mit der Verschärfung des

Konfliktes Mitte der 1990er Jahre wurde die kolumbianisch-ecuadorianische Grenze immer mehr zu einem Konfliktherd, wie es früher bereits die Grenzgebiete zu Venezuela waren, dies aufgrund der Handlungen der irregulären bewaffneten Gruppen und des kolumbianischen Staates. Dies führte dazu, dass Kolumbien in den Augen vieler EcuadorianerInnen zu einer Bedrohung geworden ist.

Die irregulären bewaffneten Gruppen erhöhten ihre Aktionen und die Auseinandersetzungen um die Kontrolle der Grenzgebiete zu Ecuador, die für ihre Kriegsökonomie strategische Bedeutung haben. So kam es zur Ausweitung des Kokaanbaus, zur Zunahme von Anschlägen auf Erdölanlagen, zum Aufbau verschiedener Schmugglernetze zur Beschaffung der Chemikalien für die Kokainproduktion und zur Versorgung mit militärischer und logistischer Ausrüstung. Die Folgen dieser Aktionen der irregulären bewaffneten Gruppen für Ecuador liessen nicht auf sich warten: Feindseligkeiten gegenüber der Bevölkerung durch Entführungen, Erpressung und Druckausübung; Verletzung der Souveränität Ecuadors durch Grenzüberschreitungen auf der Suche nach Schutz, Erholung, Versorgung, Operationsgebieten und der Ausnützung der Dollarisierung (*A.d.Ü. Ecuador hat den US-Dollar als Währung*) zur Geldwäsche; Druckausübung auf die ecuadorianische Regierungen zur Anerkennung oder der Neutralisierung ihrer Haltung in Bezug auf die kolumbianische Guerilla; Vertreibung von kolumbianischen Gemeinschaften nach Massakern oder Morden; Umweltzerstörung durch die Abholzung von primärem Urwald für den Kokaanbau und die chemischen Abfälle aus der Kokainproduktion.

Diese Dynamik des kolumbianischen Konfliktes, zusammen mit der internen Situation Ecuadors, führte dazu, dass die ecuadorianische Bevölkerung an der Grenze zu Kolumbien starke Verbindungen mit illegalen kolumbianischen Kreisen einging. Ecuadorianer wurden in Verbindung gebracht mit Kokaanbau, Geldwäsche, dem Verkauf von Chemikalien für die Kokainproduktion, den Schmuggel mit Sprengstoff, Munition und Waffen oder der logistischen Versorgung der kolumbianischen Guerilla.

Aktionen und Unterlassungen der jüngsten kolumbianischen Regierungen haben zudem stark negative Auswirkungen auf Ecuador gehabt. Im Schatten der politischen Krise der Regierung Samper (1994-98) weiteten sich die Aktionen der Guerilla und der Paramilitärs bis in die Grenzgebiete aus. Im Versuch, den durch diese Krise geschwächten Staat zu stärken, stimmte Präsident Pastrana (1998-2002) einer Änderung seiner ursprünglichen Absichten zu und verwandelte den Plan Colombia zuerst zu einem US-Instrument zur Drogenbekämpfung und dann zu einem Instrument der Aufstandsbekämpfung. Obwohl dieser Plan im Grenzgebiet zu Ecuador zur Anwendung kam, wurde die ecuadorianische Regierung nicht über dessen Ziele informiert. Die Umsetzung des Plans führte aufgrund der Besprühungen der Kokaanbaugebiete zu ökologischen Schäden im Grenzgebiet und gleichzeitig zur Vertreibung von kolumbianischen Familien, die nach Ecuador flüchteten. Diese Flüchtlinge kamen zu der Migration von KolumbianerInnen aus wirtschaftlichen Gründen dazu, was negative Folgen auf die Beschäftigungslage in Ecuador hatte. Es war auch ein Anstieg der Delinquenz zu verzeichnen. Dies alles verdüsterte die Anstrengungen von KolumbianerInnen, in Ecuador zu investieren oder zu arbeiten. In der gleichen Ausrichtung wie Pastrana, aber mit grösserer Entschiedenheit, hat Präsident Uribe seine Sicherheitsstrategie den Vorgaben Washingtons und dem unipolaren US-System angepasst in der Überzeugung, dass die USA das einzige Land ist, welches die Fähigkeit zur Unterstützung des militärischen Vorgehens der kolumbianischen Regierung gegen die Guerilla hat. Zur Umsetzung dieser Politik hat Uribe den Plan Patriota geschaffen, ein militärischer Operationsplan zur Aufstandsbekämpfung im Süden des Landes, wozu die Truppenstärke und die Polizeikräfte in den Grenzgemeinden zu Ecuador erhöht und die Grenzgebiete breit besprüht wurden. Dies alles hatte vielfältigste Auswirkungen auf die Grenzbevölkerung.

Die Regierung Uribe hat ausserdem versucht, die Regierungen der Nachbarländer auf ihre Sicherheitspolitik zu verpflichten und diesbezüglich einige Annäherungen und Abkommen erzielt.

Mit Lucio Gutierrez kam Uribe zu einigen Übereinstimmungen und Ecuador unternahm in dieser Zeit einige regionale Initiativen in Bezug auf den kolumbianischen Konflikt. Die zwei Präsidenten unterzeichneten Sicherheitsabkommen bezüglich der gemeinsamen Grenzprobleme. Die Abkommen führten u.a. zur Aufdeckung eines Waffenschmuggels für die FARC, in den ecuadorianische Militärs involviert waren, zur Aufdeckung eines internationalen Geldwäscherrings und zur Verhaftung einer Führungsperson der FARC zu Beginn des Jahres 2004 in Quito. Diese Abkommen wurden von verschiedenen sozialen und politischen Kreisen und Teilen der ecuadorianischen Regierung selber stark hinterfragt und bildeten auch die Grundlage einiger Manifestationen, welche schlussendlich zum Sturz von Gutierrez führten.

Die Entwicklung eines antikolumbianischen Gefühls in Ecuador hat verschiedene Ursachen. Verschiedene ecuadorianische Kreise sehen die Initiativen der kolumbianischen Regierung als einen Versuch, sie in den internen bewaffneten Konflikt Kolumbiens und in die US-Strategie zur Ausweitung der US-Sicherheitszone von der Karibik bis in die Anden zu involvieren, dies unter Ausnutzung des kolumbianischen Konfliktes. Diese Strategie wird von diesen ecuadorianischen Kreisen nicht geteilt und raubt ihnen auch die Möglichkeit unabhängiger Aktionen. Die Sicherheitspolitik der kolumbianischen Regierung wird als ein Schlüsselement dieser US-Strategie gesehen, und Uribe selber zeigt sich als ein bedingungsloser Alliiertes dieser Strategie. Die Regierungselite und die politische und wirtschaftliche Elite Kolumbiens unterschätzen die schwerwiegenden Folgen der US-Strategie sowohl für Kolumbien selber wie auch für die gesamte Andenregion. Diese Ignoranz ist umso schwerwiegender, da Washington eine Politik der bilateralen Abkommen mit jedem Andenland separat verfolgt und sich anstrengt, gegenseitiges Unverständnis unter den südamerikanischen Nachbarländern zu schaffen, um so die eigenen geopolitischen Interessen durchsetzen zu können.

Die Ablehnung der kolumbianischen Regierungspolitik durch diese ecuadorianischen Kreise beruht auch auf der wiederholten Weigerung von Uribe, die Existenz eines bewaffneten Konfliktes in Kolumbien anzuerkennen. Uribe reduziert diesen internen Konflikt auf ein terroristisches Phänomen, genährt durch den Drogenhandel. Aus Ablehnung dieser offiziellen kolumbianischen Haltung herrscht in akademischen- und Regierungskreisen in Ländern wie Ecuador die Idee vor, dass in Kolumbien ein Bürgerkrieg herrscht, auf dessen einer Seite eine Regierung steht, welche sich bemüht, den Konflikt zu negieren und ihre Sicherheitspolitik auf die ganze Andenregion auszuweiten. Zu dieser Sicht trägt auch die Haltung von Uribe bei, welcher dieses terroristische Phänomen in Kolumbien als die grösste Bedrohung Südamerikas sieht und ausländische Truppen eingeladen hat, um den Terrorismus zu bekämpfen. Zudem hat Uribe selber seinen Entschluss wiederholt, die Guerilla zu bekämpfen wo immer sie sich auch befinden möge und Belohnungen ausgesetzt für Informationen, die zu deren Lokalisierung oder Festnahme führen.

Alle diese Handlungen werden als klare Aufrufe zur Regionalisierung des Konfliktes verstanden. So kommt es, dass verschiedene Kreise der Nachbarländer, insbesondere Ecuadors, von der Regionalisierung der kolumbianischen Konfrontation sprechen - wobei sie dieser verschiedene Bedeutung zumessen - und andere Lösungen verlangen, als sie von der kolumbianischen Regierung angestrebt werden. Die Einen sehen den kolumbianischen Konflikt als Teil der US-Sicherheitsstrategie, andere als ein Überschwappen des Konfliktes in die Nachbarländer. Beide Sichtweisen verkennen jedoch die Verbindungen von einzelnen Kreisen in den Grenzgebieten mit den Akteuren des kolumbianischen Konfliktes, dies aufgrund ihrer internen Schwierigkeiten und den illegalen internationalen Geschäften, in die diese Kreise mitverwickelt sind.

Die Ablehnung gegenüber Kolumbien ist zudem darin begründet, dass die Regierung Uribe die Folgen des Konfliktes auf die Nachbarländer zu ignorieren und auch die heute in den meisten südamerikanischen Ländern laufenden Veränderungen nicht zu berücksichtigen scheint. Dies ganz besonders in Bezug auf Ecuador, das andere politische, stark sozial verankerte Optionen als die

kolumbianische Regierung hat. Aus diesem Grund beschwerten sich Regierungskreise in Ecuador, die kolumbianische Regierung nehme ihre eigene Situation nicht wahr und beschränke sich darauf, von ihnen Zusammenarbeit zu verlangen, dies mit der Idee, dass die Sicherheit Kolumbiens auch ihre eigene Sicherheit sei und wenn sie diesem Begehren nicht Folge leisten, dies ihnen noch grössere Probleme bringen werde. Die Ignorierung der Situation in den Nachbarländern und der Druck Washingtons gemäss der US-Strategie zu handeln, erschwert die Verwirklichung von gemeinsamen Aktionen und die Aufrechterhaltung von Abkommen, um dem kolumbianischen Konflikt und den Verbindungen zwischen einzelnen Kreisen in den Grenzgebieten entgegen zu treten.

Die Situation in Ecuador, das seit mehreren Jahren eine tiefe Krise der politischen Stabilität und schwere soziale Turbulenzen erlebt, ist vielleicht die signifikanteste diesbezüglich. Die Frage, was gegenüber dem bewaffneten kolumbianischen Konflikt zu tun sei, ist zu einem zentralen Punkt der politischen und sozialen Spannungen in Ecuador geworden. Dies zeigte sich beim Sturz von Gutierrez, in den Protestmärschen und dem angekündigten Streik im März 2006 gegen das bilaterale Freihandelsabkommen mit den USA (TLC), gegen den Erdölmulti OXY und den Plan Colombia, vor allem aber auch durch die häufigen Anklagen von Grenzüberschreitungen durch die kolumbianische Armee zur Verfolgung der FARC-Guerilla. Bei diesen Gelegenheiten waren die ecuadorianischen Proteste von einem sofortigen Anstieg der Popularität des Präsidenten Palacios begleitet und wurden damit zum einzigen Konsens, den die EcuadorianerInnen in der letzten Zeit erreichten: Ein Abkommen zwischen Präsident und Kongress, zwischen sehr unterschiedlichen politischen und sozialen Gruppen und unter sämtlichen staatlichen Institutionen. Solche Situationen zeigen die Bedeutung dieses Thema in Bezug auf die internen Spannungen in Ecuador auf, die nur momentan rund um die starke Hinterfragung der Beziehungen des Landes zu Kolumbien - wobei diese Beziehungen mit jenen zu den USA gleichgesetzt werden - überwunden werden können. Diese Gleichsetzung hat u.a. mit der alten Ablehnung des Einbezugs Ecuadors in die US-Drogenbekämpfungsstrategie mittels der in Ecuador befindlichen US-Militärbasis Manta zu tun, welche auch noch heute ein zentrales Thema der Wahlkampagne ist.

Die Optionen der kolumbianischen Regierungen und der schwierige interne Kontext Ecuadors zusammen mit der Einmischung der USA haben verhindert, dass jede Seite die Bedürfnisse des Nachbarn versteht und ein Abkommen über die Behandlung der Grenzregion möglich würde. Bei einem solchen Abkommen kann nicht nur von einer einseitigen, nationalen Sichtweise ausgegangen werden. Kolumbien sieht mit Misstrauen, dass die fehlende Kontrolle in Ecuador dem Waffen- und Sprengstoffschmuggel und dem Unterschlupf von Guerilleros in Ecuador freie Bahn lässt. Ecuador wiederum will sich nicht in den kolumbianischen Konflikt involvieren lassen und auch nicht zulassen, dass seine Sicherheit aus diesem Grund verletzt wird. Aufgrund der Erbitterung der Bevölkerung wegen der aktuellen Bedingungen und aufgrund des Drucks verschiedener Kreise, optiert die ecuadorianische Regierung das eine Mal für die Schliessung der Grenze, für die Einforderung eines Strafregisterauszugs von kolumbianischen Staatsbürgern und der Drohung, die Visumpflicht einzuführen, das andere Mal, wenn man merkt, dass Bogotá diese Forderungen nicht ernst nimmt, mit der Vorbringung des Falls vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, womit Präsident Uribe gezwungen wurde, die Besprühungen in einem 10 Kilometer breiten Streifen zur Grenze auszusetzen und sich zu entschuldigen.

Der Kontext des gegenseitigen Unverständnisses über die Situation in den beiden Länder und über deren Sicherheitsstrategien und die Einmischung der USA haben dazu geführt, dass ein stabiles Abkommen zwischen Kolumbien und Ecuador zur Lösung der gemeinsamen Probleme nicht möglich ist. Statt Abkommen wurde gelegentlich zur Diplomatie der Mikrophone gegriffen, was die Probleme, die gegenseitigen Ängste und Vorwürfe nur noch verschärft hat und zu einer raschen Eskalation der Spannungen führte, zu Taten statt Worten, so zu Grenzüberschreitungen durch die Streitkräfte des einen und des anderen Landes, wie aus den häufigen Anklagen Ecuadors wie auch

aus den Hinweisen Kolumbiens ersichtlich ist. Dabei geht es nicht nur um rechtliche und politische Interpretationen der nationalen Souveränität, sondern um die Respektierung des internationalen Rechtes, das für das friedliche Zusammenleben zwischen Nachbarländern entscheidend ist.

Das verheerende Resultat all dieser Umstände ist, dass aufgrund eines fehlenden gemeinsamen Vorgehens, die prekäre wirtschaftliche und soziale Situation in den Grenzregionen sich noch mehr verschärft hat. Selbst die gemeinsame Integrationszone zwischen Ecuador und Kolumbien - welche die erste dieser Zonen im Rahmen des Andenpaktes war - hat grosse Rückschritte verzeichnen müssen. Die Situation wird noch schwieriger aufgrund des *Sicherheitswahns* der nationalen Agenden, welcher dazu führt, dass die sozialen Probleme auf beiden Seiten aus militärischer Logik gesehen werden und den Streitkräften damit die unerwünschte Rolle von Protagonisten bei der Behandlung der Grenzregion zukommt, wo eine enge binationale Zusammenarbeit erforderlich wäre.

Aufgrund dieser unerwünschten Effekte des Konfliktes und der offiziellen Strategien kommt der Regierung Uribe eine grosse Verantwortung zu, um mit Ecuador Abkommen bezüglich der Grenzregion zu vereinbaren und den schwierigen subregionalen oder transnationalen Wirtschafts- und Sicherheitsabsichten gegenüber zu treten. Dies verlangt anzuerkennen, dass nicht jeder Weg möglich ist, um die eigenen Ziele zu erreichen und es weder legal noch legitim ist, Operationen im Nachbarland durchzuführen, ohne Einwilligung der jeweiligen Regierung. Es verlangt auch anzuerkennen, dass im Laufe der langen gemeinsamen Geschichte als Nachbarländer - vor allem aber durch die Andenintegration - gegenseitige Abhängigkeiten entstanden sind, welche eine gemeinsame Anstrengung verlangen, um die Interessen und Prioritäten jeder Seite zu sehen und gemeinsame Anstrengungen zur Suche von Abkommen zu unternehmen, um den nicht länger aufschiebbaren gemeinsamen Grenzproblemen entgegen zu treten.

Lügen und Übelwollen eines Regimes

Jüngste Episoden stellen erneut den Autoritarismus des politischen Regimes zur Diskussion...die Anwendung der offiziellen Lüge mit politischen Zielen - zweifellos ein Wesenszug autoritärer Regimes.

Von Teófilo Vásquez, Forscher am CINEP

Zuerst war die Nachricht über die Demobilisierung und Waffenabgabe einer Gruppe von 70 Guerilleros der *Kompanie Gaitana der FARC*¹, eingeschlossen die Übergabe eines Kleinflugzeugs, in der Gemeinde Alvarado im Dep. Tolima. Nach Aussagen der Regierung gehörte das Kleinflugzeug den Elitekommandos dieser FARC-Einheit. Die komplette Show dieser Übergabe mit der Präsenz des Friedensbeauftragten und dem Armeekommandanten, wie auch die Darstellung des Ereignisses als ein strategischer Schlag gegen die militärische Struktur der FARC, dies aufgrund der hohen Stellung der beiden demobilisierten Kommandanten, wurde von den Medien verbreitet, wobei auf der Güte der Demobilisierungspolitik der Regierung insistiert wurde.

Spätere Entwicklungen liessen Zweifel an der Version der Regierung aufkommen, da die Informationen über das von dieser vermeintlichen FARC - Einheit abgegebene Kleinflugzeug sich als falsch herausstellten.² Dann wurden auch Versionen bekannt, welche Zweifel an der hierarchischen und militärischen Bedeutung der demobilisierten Kommandanten aufkommen liessen, und es wurde selbst bekannt, dass einer von ihnen vor der Demobilisierung festgenommen

¹In einer im Internet veröffentlichten Erklärung bezeichnete die FARC diese Nachricht als Fars und sagte, die Kampanie Cacica Gaitana sei keine Front der FARC. El Tiempo, 13. März 2006

²Am Tag nach der Waffenabgabe wiesen jedoch verschiedene Behörden darauf hin, dass das Kleinflugzeug zwei Jahre zuvor beschlagnahmt worden war und auf einem Flughafen in Cordoba unter Embargo stand, da die Fluggebühren nicht bezahlt worden waren. Zudem sei einer der vermeintlichen demobilisierten Guerilleros Tage zuvor festgenommen worden. El Tiempo.com; 13. März 2006

worden war.

Zusammengefasst: Eine Montage mit einem vorbereiteten Drehbuch und der entsprechenden medialen Aufbereitung mit dem Ziel, die aktuelle Demobilisierungspolitik von Uribe zu lobpreisen. Das heisst, eine offizielle Lüge mit politischen Zielen - zweifellos ein Wesenszug autoritärer Regimes.

Dann folgten die politischen Ereignisse rund um die Freilassung von zwei Polizisten, welche von der FARC seit fünf Monaten festgehalten wurden. Auch hier zeigte sich eine andere Facette des Autoritarismus des Präsidenten: Seine widerspenstige und negative Haltung gegenüber den Handlungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft im kolumbianischen Konflikt. Es ist wichtig, dieses Ereignis aufzuführen, denn auch hier wurde dem Land erneut eine Lüge präsentiert, welche zudem enorme Implikationen auf die künftigen Verhandlungsszenarien hat.

Die humanitäre Aktion des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes IKRK wurde zuerst durch Militäroperationen in der ländlichen Zone von Puerto Asis verhindert, wobei der Kommandant der Armee und der Friedensbeauftragte behaupteten, nicht über das humanitäre Vorhaben des IKRK informiert gewesen zu sein. Doch war diese Aktion öffentlich angekündigt worden und man weiss, dass das IKRK aufgrund seines Mandats und zur Wahrung seiner Neutralität als Garantie für seine humanitäre Aktion nichts unternimmt, ohne zuvor die verschiedenen Seiten über die beabsichtigte Aktion zu informieren. Es wiegt schwer, dass sich die nationalen Behörden erlauben, aufgrund politischer und wahlkämpferischer Kalkulationen durch die Intervention des Kandidaten Alvaro Leyva und des Kandidaten-Präsidenten Uribe, die Glaubwürdigkeit einer Institution wie dem IKRK in Zweifel zu ziehen.

Wenn auch später die Freilassung der beiden Polizisten erfolgen konnte, kann nicht übersehen werden, dass dieses Ereignis eine Neuauflage einer Konstante dieser Regierung ist: In der internationalen Gemeinschaft wird stets eine Bedrohung für die Entwicklung der eigenen Politik der demokratischen Sicherheit gesehen. Ein exemplarischer Fall war die Einfrierung oder zeitliche Suspendierung der für die guten Dienste des UNO Generalsekretärs Kofi Annan für den Frieden in Kolumbien zuständigen Person, James Lemoyne. Dieser politische Auftrag, eine Annäherung der verfeindeten Parteien zu suchen, stiess bei der Regierung nie auf Wohlwollen, da James Lemoyne ernsthafte Differenzen in Bezug auf die Verhandlungen mit den Paramilitärs, auf die gescheiterten Kontakte zur FARC und schliesslich zur Einschätzung des Krieges in Kolumbien hatte. Für Lemoyne handelt es sich um einen bewaffneten Konflikt, während es sich für die Regierung nur um eine terroristische Bedrohung handelt.

Diese widerspenstige Haltung gegenüber der internationalen Gemeinschaft, die im Falle der Menschenrechtsorganisationen zu offener Feindseligkeit wird, trägt zweifellos Züge autoritärer politischer Regimes, insbesondere diese Kombination von Abwertung und Deslegitimierung, unterstützt durch einen Diskurs, welcher an den Nationalismus appelliert, so wie es auch Hugo Chávez in Venezuela macht.

Dieser Wesenszug kann aber nicht nur in den jüngsten Ereignissen beobachtet werden, sondern der autoritäre Charakter dieser Regierung drückt sich nach Meinung einiger Kreise auch im Beharren von Uribe aus, die militärische Niederwerfung als einzigen Weg gegenüber der Guerilla zu sehen und das Schwergewicht auf die Sicherheit als notwendige und ausreichende Bedingung für die Regierbarkeit und die wirtschaftliche Entwicklung zu sehen. Ausserdem wird dieser autoritäre Zug auch in den noch nicht völlig gebannten Versuchen gesehen, eine rückschrittliche Reform der Verfassung von 1991 durchzusetzen und die politischen und institutionellen Spielregeln zu eigenen Gunsten durch die Annahme der Wiederwahl zu verändern. Dazu kommt noch der messianische Stil, mit dem Uribe seine Kommunikationspolitik betreibt, die Unterstützung von Uribe durch

wichtige Medien und der personalistische Stil der Regierungsführung, wie er z.B. in den Gemeinschaftsräten zum Ausdruck kommt.

Diese Aspekte erlauben die Schlussfolgerung, dass wir uns vor einem Wechsel noch weiter nach rechts befinden, verglichen mit den vorhergegangenen Präsidenten. Diese regierten innerhalb der vom traditionellen rechtszentristischen Republikanismus festgelegten Grenzen, welcher die politischen Regimes Kolumbiens gekennzeichnet hat. Uribe hat sich entschlossen, drei goldene Regeln dieses republikanischen Abkommens zu übergehen und zu brechen: Die Handhabung der internationalen Beziehungen im Konsens; die permanente Konsultation der politischen Kräfte in Bezug auf Friedensprozesse; und schliesslich der vielleicht markanteste Unterschied, sich nicht innerhalb der Parameter der formellen Demokratie zu halten und keine unilateralen, institutionellen Veränderungen mit grossen Auswirkungen durchzuführen.

2.Politik:

Wahlresultate des 12. März - tödlicher Schlag gegen das Zweiparteiensystem?

Die Gesamtheit der in den letzten vier Jahren geschaffenen Parteien - die Partei U, der Demokratische Alternative Pol, Demokratisches Kolumbien und Kolumbien lebt - erreichten 77 Sitze bei den Parlamentswahlen vom 12. März 06, was 28,7% der Kongresssitze bedeutet. Die Partei Radikaler Wandel, die erst seit 2002 an den Wahlen antritt, wird ab dem kommenden 20. Juli die viertwichtigste parlamentarische Kraft in Kolumbien sein. Im Gegensatz dazu werden die traditionellen Parteien nur 37,3% der Sitze in der Legislative belegen. Kann man sagen, dass die Wahlresultate des 12. März dem Zweiparteiensystem einen umfassenden Schlag versetzten?

Von Congreso Visible, Abteilung für Politische Wissenschaften der Andenuniversität

Wenn auch die Zahl der von den traditionellen Parteien erreichten Sitze weit vom historischen Mass entfernt ist, zeigt eine eingehende Analyse der neuen Kräfte und insbesondere der uribistischen Organisationen auf, dass ein schöner Teil der nationalen Politik weiterhin im Rahmen des Zweiparteiensystems abläuft. Der Fall der Partei U, der grossen Gewinnerin der Kongresswahlen, zeigt dies mit aller Deutlichkeit: Ein Viertel der gewählten Senatoren der Partei U sass bereits seit 2002 im Kongress, damals aber noch als Mitglieder der Liberalen Partei (Dilian Francisca Toro, Luis Guillermo Vélez, Piedad Zuccardi, Armando Benedetti und Carlos Garcia). Ähnliches geschah bei der Partei Radikaler Wandel, dessen oberste Führungsperson, German Vargas Lleras, Ko-Direktor der Liberalen Partei war und seit dem 12. März verschiedene Gesten gemacht hat, um den Liberalismus dem Uribe-Flügel anzunähern. Ebenso wird die Bewegung Team Colombia von einem alteingesessenen Politiker der Konservativen Partei angeführt, dem Senator Luis Alfredo Ramos.

Doch es wäre ungenau zu sagen, die Wahlen hätten sich auf einen Kampf zwischen traditionalistischen und dissidenten Liberalen und Konservativen reduziert. Wirkliche dritte Kräfte, abseits der traditionellen zwei Parteien, konnten sich in einigen Fällen bei den Wahlen vom 12. März konsolidieren und ihre parlamentarische Vertretung ausbauen. So entschloss sich der Demokratische Alternative Pol zum Beispiel ganz auf die politische Reform von 2003 zu setzen, formierte sich neu und konnte drei Sitze im Kongress dazu gewinnen. Die demokratische Linke ist jetzt nicht mehr durch acht kleine Bewegungen vertreten, wie es im Jahr 2002 der Fall war, sondern mit einer einzigen Liste, welche 20 Sitze im Kongress erreichte, 11 im Senat und 9 im Repräsentantenhaus.

MIRA, eine politische Bewegung, welche von der Senatorin und religiösen Führungsperson Alexandra Moreno Piraquive angeführt wird, erreichte insgesamt bloss drei Sitze, erreichte aber, dass zwei seiner Kandidaten es in den Senat schafften, wobei MIRA die erhaltene Zahl der Stimmen im Vergleich zu 2002 fast verdreifachen konnte: 2002 erreichte MIRA 81'061

WählerInnenstimmen, 2006 waren es 220'395 Stimmen.

So hat die politische Landkarte Kolumbiens nicht derart strukturelle Wechsel erlitten, wie dies scheinen könnte. Das Zweiparteiensystem, durchlöchert aufgrund der Dissidenz seiner Mitglieder, behält seine Hegemonie im Parlament weiterhin. Doch der Raum für dritte Kräfte - wie es auch die Absicht der Verfassung von 1991 war - bleibt für jene Parteien offen, welche den beiden traditionellen Parteien ein Gegengewicht gegenüber stellen wollen. Es bleibt abzuwarten, ob es diesen dritten Kräften gelingt, sich als ein langfristiges politisches Projekt zu konsolidieren und zu verhindern, von der Zweiparteiendynamik absorbiert zu werden, wie dies in der Vergangenheit der Fall war.

3. Soziale Bewegungen: Schwule und Lesben im Wahlprozess Kolumbiens

Von Marcela Sánchez Buitrago, Colombia Diversa (Vielfältiges Kolumbien)

Beim Thema Schwule und Lesben im Wahlprozess Kolumbiens taucht unweigerlich die Frage auf, weshalb dieses Thema wichtig und selbst zu einem Wahlkampfthema mit verschiedenen ideologischen Haltungen geworden ist.

Drei Elemente können mithelfen, dieses Phänomen zu klären: 1. Die sexuelle Orientierung ist nicht mehr nur eine privates Thema, sondern ist zu einem öffentlichen Thema mit allen politischen Implikationen geworden, also mit Auswirkungen auf rechtlicher und politischer Ebene. Diese Diskussion wird öffentlich geführt und die Identitäten, Praktiken und Forderungen der LGBT-Bewegung (Lesben, Gays, Bisexuelle und Transsexuelle) werden mit den Fortschritten im Bereich des Rechts und einer modernen Staatsbürgerschaft in Beziehung gesetzt. Vor allem die Verfassung von 1991 hat diesen Prozess ermöglicht. 2. Die in anderen Ländern Europas und Amerikas erreichten Fortschritte in Bezug auf die Anerkennung der Rechte der gleichgeschlechtlichen Paare sind zweifellos der Motor der internen Diskussionen. 3. Die Konsolidierung einer LGBT-Bewegung in Kolumbien, welche zunehmend von den nationalen und lokalen Behörden, den sozialen Bewegungen und der Gesellschaft insgesamt als ein ernsthafter Verhandlungspartner betrachtet wird, welcher auch über eine Mobilisierungskraft rund um seine konkreten Forderungen verfügt.

Diesen letzten Aspekt gilt es hervor zu heben, da er in Bezug auf die politische Aktion besonders bedeutsam ist. So haben KandidatInnen verschiedener Parteien ihre gleichgeschlechtliche Orientierung öffentlich gemacht oder ihre Unterstützung von KandidatInnen ausgedrückt, welche sich für die Forderungen der LGBT-Bewegung einsetzen oder Aktionen zur Druckausübung oder Lobbyarbeit durchgeführt haben.

Bei den jüngsten Parlamentswahlen erarbeitete *Colombia Diversa* zusammen mit dem *Congreso visible* der Andenuniversität eine Umfrage, welche auch die Frage enthielt: Würden Sie als KongressistIn ein Gesetz unterstützen, welches gleichgeschlechtliche Paare rechtlich der Ehe gleichsetzen würde und ihnen auch den gleichen Zugang und die gleichen Rechte wie Ehepaaren zur sozialen Sicherheit und Pension geben würde? Diese freiwillige Umfrage wurde den KandidatInnen zugestellt.

Beim *Congreso visible* waren insgesamt 444 KandidatInnen verzeichnet: 250 dieser KandidatInnen antworteten nicht und von den verbleibenden 194 KandidatInnen bejahten 146 die Frage und 48 verneinten sie. Aufgrund dieser Daten verteilte *Colombia Diversa* an Orten, wo sich gleichgeschlechtlich orientierte Menschen treffen (Bars, Diskotheken, Saunas, Videoclubs), aber auch an Universitäten, Medien, KandidatInnen und Parteien eine Broschüre, worin die Namen der BefürworterInnen einer solchen Gesetzesänderung zugunsten gleichgeschlechtlicher Paare aufgeführt waren.

Ziel dieser Strategie war es, die homosexuelle Gemeinschaft, die sich zumeist nicht aktiv an Wahlkampfthemen beteiligte, zu motivieren, an den Wahlen teilzunehmen und Druck zu machen, damit die Themen der LGBT-Bewegung unausweichlich behandelt werden müssen, ganz anders als wie vor 10 Jahren, als Senatorinnen wie Margarita Londoño oder Piedad Cordoba diese damals als exotisch und unvorstellbar betrachtete Minderheitendebatte lancierten und die Gleichgeschlechtlichkeit noch nicht als öffentliches, nationales Thema angesehen wurde.

Das Interesse von Colombia Diversa war es, eine Information abzugeben, welche den LGBT-WählerInnen erlaubte, einen bewussten Entscheid bezüglich der KandidatInnen zu treffen, ohne dass eine Wahlempfehlung für irgendeinen Kandidaten oder Kandidatin abgegeben wurde. Was die Kandidaten zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare meinten, war in dieser Information nur ein Punkt unter vielen.³

Als Teil der Wahlstrategie wurde eine Erklärung lanciert, welche von den Führungspersonen einiger Parteien unterzeichnet werden sollte. Darin sollten sie ihre Bereitschaft kundtun, rechtliche Initiativen zum Schutz der Rechte sexueller Minderheiten und gleichgeschlechtlicher Paare zu unterstützen. Insbesondere wird in der Erklärung die Unterstützung zum Ausdruck gebracht, den Zugang dieser Paare zur Sozialen Sicherheit und zu gemeinsamem Vermögen zu unterstützen. Folgende Parteien unterzeichneten diese Erklärung: Liberale Partei, Demokratischer Alternativer Pol, Partei U, Bewegung für ein Land von dem wir träumen.

Die Unterstützung der rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren vermitteln dem Land die Botschaft über den Wunsch der LGBT-Bewegung nach einer demokratischen, gerechten und einschliessenden Gesellschaft. Eine respektvolle Sicht gegenüber Lesben, Schwulen und gleichgeschlechtlichen Paaren, die Anerkennung der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen müssen über den Parteiinteressen stehen und sowohl bei Regierungs- wie Oppositionsparteien Thema sein, wie es auch in den Antworten auf den Fragebogen des Congreso visible zum Ausdruck kam. Diesbezüglich gab es unterstützende Zusagen aus allen Parteien, Geschlechtern und Regionen des Landes.

In Kolumbien werden nicht nur die Rechte der LGBT-Personen und der gleichgeschlechtlichen Paare verkannt, sondern sie sind auch Opfer von Morden, Drohungen und Aktionen sogenannter *sozialer Säuberung*, von willkürlichen Verhaftungen und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung durch die Polizei oder illegale bewaffnete Gruppen und auch Opfer von Diskriminierung beim Zugang zu Gesundheit, Bildung und Arbeit.

Dies zeigt einmal mehr, dass die Menschenrechte der LGBT-Personen ein Thema der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit ist, von minimalen Grundlagen für die volle Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte, wo es immer noch einen Rückstand für LGBT-Personen gibt.

Bilanz der Wahlergebnisse:

1. Radikaler Wandel unterzeichnete die Erklärung nicht. Obwohl der Parteidirektor von Radikaler Wandel erklärt hatte, dass sie als Partei keine gesetzliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren befürworten würden, bejahten 12 KandidatInnen die Frage einer Unterstützung. Es gab also keinen klaren Parteikonsens. Später erklärte der Parteidirektor, dass die Entscheide bezüglich dieser Fragen ein Gewissensentscheid eines jeden Einzelnen und nicht der Partei sei. Nur ein Kandidat von Radikaler Wandel wurde gewählt, welcher die

³Colombia Diversa unterstützt weder KandidatInnen noch Parteien, sondern verbreitet nur Informationen über jene KandidatInnen oder Parteien, die öffentlich ihren Willen bekannt gegeben haben, die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen zu unterstützen. Die einzige Informationsquelle zur Erstellung dieser Liste waren dabei die von den KandidatInnen selber bis am 28. Februar 2006 gegenüber dem Congreso visible gemachten Angaben.

Unterstützungserklärung unterzeichnet hatte.

2. Die Mehrheit der KandidatInnen, welche den Fragebogen des Congreso visible ausfüllten, waren von der Partei U, gefolgt von der Liberalen Partei und dem Demokratischen Alternativen Pol.
3. Von den KandidatInnen, welche die Erklärung unterstützten, wurden 7 von der Partei U, 5 von der Liberalen Partei und 4 vom Demokratischen Alternativen Pol gewählt.
4. Die Konservative Partei hat sich historisch immer gegen die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare gestellt. Von dieser Partei haben auch am wenigsten KandidatInnen den Fragebogen ausgefüllt. Anzumerken ist aber, dass 4 KandidatInnen der Konservativen Partei die Erklärung unterzeichneten und 2 davon auch gewählt wurden.
5. Vom Team Alas Colombia und Convergencia ciudadana wurden zwei, respektive ein Kandidat gewählt, welche die Erklärung unterzeichnet hatten.

Nach den Wahlen und mit diesen Resultaten gilt es nun, unsere Strategie fortzusetzen, d.h. eine politische Nachfolge- und Überwachungsarbeit den gewählten KandidatInnen gegenüber zu machen. Wie setzen sie diese politischen Absichten für angepasste rechtliche Veränderungen für die kolumbianische Gesellschaft und insbesondere für die Interessen von LGBT-Personen um, so vor allem in Bezug auf die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die Agenda der LGBT-Bewegung viel umfassender ist und über diese rechtliche Gleichstellung hinaus geht.

Jeder nachhaltige Wandel im Rechtswesen muss auf einer technisch und politisch qualifizierten Diskussion beruhen und nicht nur auf einer guten Wahlabsicht.